[illegible]

[illegible] ... gegenüber Deutschland ... mitgeteilt, daß sie, nachdem die ... Regierungen von der Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland Kenntnis genommen haben, bereit erklärt, die ... und die mit der Blockade zusammenhängenden Einschränkungen aufzuheben. Die diplomatischen Vertreter der genannten Mächte überreichten am 12. Juli in Bern entsprechende Noten, die im Namen des Bundesrats vom Volkswirtschaftsdepartement entgegengenommen und beantwortet wurden. Damit sind alle Einfuhrbeschränkungen, soweit sie auf internationalen Vereinbarungen beruhten, hinfällig geworden. Der Bundesrat hat der S. S. S. von diesem Notenaustausch Kenntnis gegeben mit der Bemerkung, sofort ihre Tätigkeit einzustellen und in Liquidation zu treten.

Liquidation der Kriegsgesellschaften.

Ueber die Liquidation der Kriegsgesellschaften wird dem „Dtsch. Anz." mitgeteilt, daß von den 27 Gesellschaften sich bereits fünf in Liquidation befinden und daß mehrere derselben kurz vor der Liquidation stehen, zum Beispiel die Reichsgemüsestelle und die Reichsobststelle. Bestehen bleiben müssen vorläufig noch die Gesellschaften, welche die notwendigen Nahrungsmittel bearbeiten, zum Beispiel die Reichsgetreidestelle und die Fleischstelle. Die Z. E. G. ist nur noch eine Abrechnungsstelle. Die Kriegsgesellschaften haben in der Hauptsache nur die Bedeutung, daß sie gewissermaßen einen verlängerten Arm der Behörden in der Ausführung der wirtschaftlichen Maßnahmen darstellen. Sie werden aufgelöst, sobald die vorgesetzten Behörden den Auftrag dazu geben. Ihre Tätigkeit ist grundsätzlich nicht auf Gewinn eingestellt. Alle ihre Beamten sind auf Gehalt ohne Gewinnbeteiligung angestellt. Die Kalkulation muß aber naturgemäß so eingestellt werden, daß ein kleiner Gewinn erzielt wird, um eine Unterbilanz zu vermeiden. Bei den großen Umsätzen kann es sich leicht um Millionen handeln, welche aber regelmäßig in der Kalkulation für das folgende Jahr eingerechnet wurden. Infolge dieser Rechnungsweise kann man die Schlußbilanzen der liquidierten Gesellschaften nicht voraussehen.

Weiterbestehen der Blockade gegen Rußland.

Die niederländische Telegraphenagentur meldet aus Paris: Der Fünferrat beschloß am Sonnabend die Aufrechterhaltung der Blockade gegen Rußland.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die Frage der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen liegt bis jetzt noch im Dunkeln. Einige Pariser Blätter verquicken seit einigen Tagen diese Frage mit der Frage des Wiederaufbaues der Kampfgebiete in Nordfrankreich. Die durch eine Mantelnote klargelegte Sachlage, daß die Friedensklauseln eine derartige Vermengung zweier vollständig verschiedener Materien nicht zulassen, veranlaßt den „Matin" zu einer offensichtlich von der französischen Regierung inspirierten Erklärung. Das Blatt sagt: Gewiß müssen deutsche Kriegsgefangene in gewissen Zeitabschnitten zurückbefördert werden; da aber Deutschland sich formell verpflichtet habe, das Kampfgebiet wieder aufzubauen, wäre es natürlich, daß die Stellung deutscher Zivilarbeiter den Abtransport der Kriegsgefangenen beeinflussen müßte. Nur in dem Maße, in dem diese Arbeiter in Frankreich eintreffen, werde man die Vertragsklausel betreffend die Kriegsgefangenen ausführen können. Durch diese Interpretation ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, unverzüglich mit den alliierten Regierungen über die Kriegsgefangenenfrage zu verhandeln.

Die ersten Transporte.

Wie aus Versailles gemeldet wird, verläßt am 20. d. M. der erste deutsche Kriegsgefangenentransport in Stärke von 3000 Mann das Gefangenensammellager bei Reims.

Aus London wird gemeldet: Die Maßnahmen für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus England haben begonnen. Die Admiralität hat für den 20. August acht Transportschiffe für die Transporte der Kriegsgefangenen bereitgestellt. Nach Balfours Mitteilungen im Parlament sind aus England 298 000 deutsche Kriegsgefangene heimzubefördern.

Der Rest aller noch in der Türkei und Saloniki festgehaltenen deutschen Truppen hat am 28. Juni mit den Transportdampfern „Reschid-Pascha" und „Andania" die Heimreise nach Deutschland angetreten. Das Eintreffen in Hamburg oder Bremen ist ungefähr für den 18. Juli zu erwarten.

Ein großer Heimkehrerzug, umfassend 38 Offiziere und 800 Mann, passierte den Bahnhof Heidelberg. Die Heimgekehrten hatten bis zum Waffenstillstand gegen die Bolschewiken bei Odessa gekämpft, waren dann von Frankreich interniert und über Konstantinopel nach Saloniki verbracht worden. Sie erklärten, daß sich die Senegalneger in roher Weise gegen sie benahmen und alle ihre Sanitätshunde töteten.

Die Heimkehr der pfälzischen Kriegsgefangenen vollzieht sich jetzt regelmäßig. In St. Ingbert treffen täglich mehrere Sonderzüge mit Kriegsgefangenen ein, wo sie aus dem französischen Transport ausgeladen und in Extrazügen der Heimat zugeführt werden. Bis zum 20. Juli wird der Rücktransport der pfälzischen Gefangenen beendet sein, worauf die Heimkehr der in den besetzten Rheinländern beheimateten Gefangenen beginnen soll.

Arbeitsverweigerung der Kriegsgefangenen.

„Petit Parisien" berichtet unterm 8. Juli aus Maubeuge: Im Kriegsgefangenenlager von Trelon verweigerten 250 deutsche Kriegsgefangene die Arbeit mit der Begründung, daß der Friede unterzeichnet wäre. Die Ankunft von zwei Abteilungen eines Infanterieregiments mit Mitrailleusen stellte die Ruhe wieder her.

Angebliche Rückkehr Mackensens.

Wie ein Wiener Korrespondenzbüro berichtet, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit Generalfeldmarschall von Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich einige Tage dort aufhalten.

Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 30 Min. Vizepräsident Schulz (Soz.) hat sein Amt als Vizepräsident niedergelegt, weil er Unterstaatssekretär geworden ist.

Die Wahlprüfungen werden fortgesetzt. Die Wahl im 3. Wahlkreise Berlin-Stadt, wo sich Proteste gegen den Wahlzettel der Liste Scheidemann erhoben, weil diese die fettgedruckte Ueberschrift „Liste der sozialdemokratischen Partei" tragen, wird nach längerer Aussprache für gültig erklärt. Der Wahlprüfungsausschuß erblickt in dieser Ueberschrift kein Kennzeichen im Sinne des Wahlgesetzes. Der Präsident weist darauf hin: Wenn es in der bisherigen Weise mit Reden fortgeht, können wir unserer Aufgabe nicht gerecht werden, umso mehr, da anderenfalls [illegible] ... zu halten und sich ... zu halten. (Sehr richtig.) Für gültig erklärt werden die Wahlen in den Wahlkreisen Oppeln, Breslau, Hamburg, Posen, ... Hannover, ... Minden, Magdeburg, ... Aachen ... Die Abstimmung über die Wahl im ... Düsseldorf wird wegen der schwachen Besetzung des Hauses auf morgen vertagt.

Das Gesetz über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird nach kurzer Besprechung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die Interpellation Auer und Gen. (Soz.): Was gedenkt die Regierung zu tun, um der schreienden Not der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen? Abg. Weber-Sachsen (Soz.) begründet die Interpellation.

Arbeitsminister Schlicke: Für den Augenblick sind weder die Versicherungsträger noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereitzustellen. Ich habe daher die fürsorgebedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege verweisen müssen. Auch habe ich Gemeinden, die zum Teil auf diesem Gebiete versagten, hinweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich, womöglich noch vor der Vertagung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Bedürfnissen einer erhöhten Fürsorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt.

Major v. Werder legt namens der Heeresverwaltung eingehend dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen gesorgt worden sei. Die gründliche Reform des Militärversorgungswesens sei in Arbeit und werde mit aller Beschleunigung durchgeführt.

Bei Besprechung der Interpellation bemerkt Abg. Stelling (Zentr.): Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen darf nicht zum Mittel der Parteiorganisation werden, nie zum Zankapfel unter den Parteien werden. Abg. Erkelenz (Dem.): Auf eine Entschädigung der Kriegsgefangenen, eben so wie die Erhöhung der Entschädigung für die Veteranen der früheren Kriege sind wünschenswert. Abg. Behrens (Deutschnat.): Die Entschädigungsfrage muß ein Bekenntnis der Nationalversammlung für ausreichende angemessene Versorgung der Kriegsbeschädigten werden. Abg. Winnefeld (Deutschnat.): Die während des Krieges eingetretenen Lohnverschiebungen machen auch eine Aenderung der Renten erforderlich. Abg. Frau Zietz (Unabh.): Wir verlangen eine grundlegende Reform des gesamten Versicherungswesens. Abg. Frau Reitze (Soz.): Kriegerwitwen mit Kindern können von ihrer Rente nicht einmal die rationierten Waren kaufen. Deutschland ist ein armes Land geworden. Aber die Invaliden des Krieges und der Arbeit darf es nicht vergessen. Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag: Verfassung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Steuerpläne des Reiches. Ueber die Steuerpläne der Reichsfinanzverwaltung erfährt ein Korrespondent der Frankfurter Zeitung zuverlässig, daß eine Kapital-Ertragsteuer bis zu 30% geplant wird, außerdem eine tief einschneidende Reichs-Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer wird eine starke Erhöhung erfahren. Sie wird ganz allgemein erhöht und dann werden hier bestimmte Bedarfs- oder Luxusgegenstände durch besondere Sätze festgelegt, so u. a. für Gegenstände des täglichen Bedarfes 5%, für Luxusgegenstände 15%. In dieser Umsatzsteuer ist auch eine Inseratsteuer von 10% enthalten. — Zu der Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir noch, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerst zulässige Maß durch das Reich ausgeschöpft werden müssen. Dieser Entschließung haben sich die Finanzminister der Einzelstaaten trotz anfänglicher Bedenken nicht verschlossen. Zuschläge zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, bei der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und Gemeinden abgeben wird. Das Interesse des Reiches an dem steuerlichen Einkommen wird mit 75 Proz. zu bemessen sein, ist also so groß, daß das Reich auch unbedingt einen Einfluß auf die Erhebung haben muß. Die Finanzämter müssen daher unbedingt auf das Reich übergehen. Die bisherigen Hoheitsrechte der Gliedstaaten werden natürlich durch so einschneidende Maßnahmen eingeschränkt. Es wurde aber zum Schlusse der Besprechung kein Widerspruch von seiten der Gliedstaaten dagegen laut. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Ausbildung der Steuerbeamten zu legen sein. Vorbereitende Schritte dazu sind bereits getan. Der Reichseinkommensteuerentwurf wird dem Parlament erst im Oktober zugehen. Doch ist beabsichtigt, die Reichsabgabenordnung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Tschechische militärische Vorkehrungen an der bayrischen Grenze. Der „Neue Tag" meldet, daß die Tschechen an der bayrischen Grenze ausgedehnte militärische Vorkehrungen treffen. Im Raume von Neumarkt bis Eisenstein, sowie im Raume von Friedberg bis Kuschwarda wurden die tschechisch-slowakischen Besatzungen bedeutend verstärkt. Am Zwiesel bauten die tschechischen Truppen 24 Zentimeter-Haubitzen ein. In Wallern, Salnau und Oberplan sind die Maschinengewehrabteilungen bedeutend verstärkt worden und Schießbedarf und Schanzzeug dort angelangt. In Schwarzbach und Oberplan wurden die Sokols mit Spaten zum Aufwerfen von Schützengräben ausgerüstet, — alles, weil man angeblich einen Angriff aus Bayern befürchtet, wo schon eine starke Strömung für die Erhaltung des Böhmerwaldes für das Deutschtum sich geltend gemacht habe.

Deutschnationaler Parteitag. Am Sonnabend begann in Berlin der erste Parteitag der deutschnationalen Partei. Aus den Verhandlungen heben die Berliner Blätter hervor, daß Graf Westarp ausführte: Es sei mit einer großen Auswanderung zu rechnen, aber diese Auswanderer würden empfinden, daß Ehre und Ansehen eines Volkes von höchster idealer Bedeutung seien. Wir würden auf eine Kontinentalpolitik angewiesen sein, aber auch in dieser Beziehung würden wir überall auf die Mauern unseres Gefängnisses stoßen. Die wünschenswerte Verständigung mit Frankreich könne nicht kommen, solange ein französischer Fuß die Rheinlande betrete. Zwischen Polen und Deutschland sei keine Freundschaft möglich. Die deutschen Brüder in Oesterreich tragen dasselbe Leid wie wir. Schulter an Schulter mit ihnen müßten wir uns zu einem freien deutschen Volke durchkämpfen. Mit Rußland sei eine Verständigung notwendig, aber mit dem Bolschewismus könne kein Pakt geschlossen werden. Der frühere Staatsminister v. Delbrück sprach ausführlich über den inneren Wiederaufbau. Tiefe Fragen, welche die Gesundung erst erwarteten, nachdem wir durch den Bolschewismus durchgegangen seien, wären zu bekämpfen. Sozialdemokratie und Zentrum würden für die nächste Zukunft weiter die Mehrheit bilden. Mit der deutschen Volkspartei sei seitens der Deutschnationalen eine Arbeitsgemeinschaft anzustreben.

Eine Ententekommission in Tilsit. Nach Meldung der „Tils. Ztg." weilt in Tilsit eine Ententekommission. Die [illegible] Tilsiter Landrats empfangen. Die [illegible] Tilsit und Umgegend [illegible]

Die Ententekommission [illegible] Memel wird am 15. Juli von englischen und französischen Truppen besetzt werden. Die Memeler planen große Vorbereitungen zum Empfang der Engländer. Vertreter der Litauer [illegible] Tauroggen und nach Memel gereist, um Vorbereitungen für den Empfang zu treffen.

Die Vorgeschichte der [illegible] Entschädigung. In einer Besprechung mit Mitgliedern des Senats erklärte Wilson, er habe sich der Forderung unbegrenzter Entschädigung von Deutschland widersetzt und erst nachgegeben, als Lloyd George die Notwendigkeit der inneren Politik für die Forderung geltend machte.

Im besetzten Gebiet. Die Stärke der Besatzungstruppen in der Rheinpfalz beträgt während des ersten Halbjahres des Friedenszustandes mindestens 20 000 Mann und wird von den kolonialen Streitkräften gestellt. Die Bewachung an den Brückenköpfen bleibt unverändert, da man ein Uebertreten bolschewistischer Werber unbedingt verhindern will.

Zusammenschluß des Weltproletariats. Aus New-York wird gemeldet: Der erste jährliche Kongreß der allgemeinen Arbeiterföderation hat eine Beschließung angenommen, daß sämtliche Nationen der Welt sofort Mitglied des Völkerbundes werden müssen. Ein zweiter Beschluß bevollmächtigt Gompers, der jetzt nach Europa unterwegs ist, bei der Internationalen Tradeunion alle Schritte zu unternehmen, die zur Zusammenwirkung mit den europäischen Arbeiterorganisationen notwendig sind.

Zur Auslieferung des früheren Kaisers. Die von Holland bewilligte Auslieferung des Kaisers scheint sich nicht zu bestätigen. Eine Nachricht aus Bern liegt vor, wonach die Note der Alliierten an die holländische Regierung, in der die Auslieferung Wilhelm II. und des Kronprinzen gefordert wird, von der holländischen Regierung sehr kühl beantwortet wurde, in Schweizer Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen worden ist. Man ist Holland dankbar, daß es in so energischer Weise das Prestige der neutralen Staaten gegen die Anmaßungen der Alliierten verteidigt. — Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune" teilt mit, daß man sich in Regierungskreisen über die Stellung der deutschen Regierung zur Auslieferungsfrage geäußert habe. Die Regierung werde sich an den Friedensvertrag halten. Dieser verpflichte Deutschland nicht, zur Auslieferung des Kaisers behilflich zu sein. Die Regierung betrachte den Kaiser als eine Privatperson, die Deutschland verlassen habe und sich nicht mehr unter deutscher Jurisdiktion befinde.

Zum Ausstande. Soweit sich in Berlin übersehen läßt, ist der größte Teil der Streikenden für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die städtischen Straßenbahner haben mit dreiviertel Majorität die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. — Der Streik im Rybniker Bergrevier ist erloschen. Der Betrieb in Tarnowitz ist wieder aufgenommen. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. — 3000 Landarbeiter des Landkreises Bielefeld traten in den Ausstand. — Der Belagerungszustand über Hannover-Linden ist mit Wirkung vom 16. Juli ab aufgehoben worden. — In Norwegen wird nach einer Meldung der D. A. Z. am 21. Juli der Generalstreik erklärt werden. — Die sozialistische Parteileitung der Gewerkschaften und der Eisenbahnerverbände führen in Italien den internationalen Generalstreik gemeinsam durch. Es verlautet nach dem Avanti, daß die Arbeiter Frankreichs, Englands sowie der Schweiz, Hollands und Dänemarks sich der Bewegung anschließen wollen.

Italien.

Entente-Kriegsschiffe in Fiume. Der Pariser Korrespondent der Newyork-Times berichtet, daß der Ernst der Lage in Fiume klar aus dem Entschluß der Entsendung von Kriegsschiffen nach dieser Stadt hervorgehe. Clemenceau hat sofort, nachdem die Nachricht von Kämpfen zwischen Franzosen und Italienern eintraf, die Entsendung französischer Schiffe vorgeschlagen, aber die übrigen Mächte fanden das unerwünscht, weil sie einen noch größeren Groll seitens der Italiener befürchten. Die Entsendung eines verbündeten Geschwaders bedeutet einen Wink an Italien, daß Fiume kein italienischer Hafen ist und sich noch immer unter der Oberhoheit der Verbündeten befindet.

Fortdauernde Gärung. In Rom blieben am Sonnabend wieder die meisten Läden geschlossen. Die Apotheken waren genötigt, Arzneimittel und Toilettengegenstände zu halben Preisen abzugeben, um Plünderungen zu vermeiden. In Lucera (Apulien) kam es zu blutigen Zusammenstößen, die 6 Tote und 27 Verwundete forderten. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. Nitti richtete an die Präfekten einen Erlaß, der energische Maßnahmen zum Schutze der Ladengeschäfte und Warenvorräte gegen die Gewalttätigkeiten der Menge verlangt.

Dänemark.

Die Einverleibung Nordschleswigs. Ministerpräsident Zahle hielt eine Rede über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark und führte u. a. aus: Innerhalb zehn Tagen nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch drei Ententemächte müssen die Deutschen beide Abstimmungszonen geräumt haben. Im Laufe der darauf folgenden drei Wochen wird in der ersten Zone abgestimmt werden und innerhalb weiterer 5 Wochen in der zweiten Zone. Nach den Abstimmungen kann die Verwaltung derjenigen Gebiete, die für Dänemark gestimmt haben, von Dänemark übernommen werden. Sodann wird in Paris auf der Grundlage der Abstimmung die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland festgesetzt und die Oberhoheit desjenigen Teiles von Schleswig, der nördlich dieser Grenze liegt, uns übertragen. Erst wenn diese Oberhoheit in Schleswig uns von den siegreichen Mächten übertragen ist, wird sich die gesetzgebende Macht des dänischen Reichstages bis zur neuen Grenze erstrecken. Wir Dänen müssen hoffen und wünschen, daß die auf der Grundlage dieser Abstimmung festgesetzte Grenze mit den nationalen Grenzen zwischen Deutschen und Dänen zusammenfallen, damit das Selbstbestimmungsrecht hier seinem wahren Sinne nach zur Anwendung kommen kann.

Finnland.

Präsidentenwahl. Der finnische Landtag wird zur Vornahme der Präsidentenwahl auf den 21. Juli einberufen.

Bolschewistische Verschwörung. Die Behörden sind einer bolschewistischen Verschwörung auf die Spur gekommen. Die aufgedeckten Pläne betreffen u. a. die Sprengung großer Munitionslager bei Helsingfors und Wyborg, sowie Anschläge auf das Leben des Generals Mannerheim. Ein gegen diesen gerichtetes Attentat wurde kürzlich vereitelt. Angeblich war das Losbrechen des Aufruhrs gleichzeitig mit einem Angriff der bolschewistischen Streitkräfte für den 20. Juli geplant. Der Hafenarbeiterstreik, der das Löschen amerikanischer Lebensmittelladungen erschwert, wird mit diesen Plänen in Zusammenhang gebracht.

Persien.

Entschädigungsforderungen. Die persische Regierung überreichte der Friedenskonferenz in Paris eine Note, in der sie gegen die Verletzung der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Unabhängigkeit Persiens protestiert. Vor und während des Krieges seien die Verträge und Abmachungen aufgezwungen und Konzessionen abgerungen worden, die seine Unabhängigkeit verhindern und die seine wirtschaftlichen und politischen Interessen geschädigt hätten. Die persische Regierung verlangt die Annullierung dieser Abmachungen und außerdem Entschädigungen für die Vernichtungen, die seitens der Russen und Türken verübt worden seien. An diesen Entschädigungen soll auch Deutschland beteiligt werden. Zum Schlusse verlangt Persien die Rückerstattung der Gebiete, die Rußland und die Türkei ihm entrissen haben.

SLUB
Wir führen Wissen.